



Stadt Kamen

Niederschrift

SuS

über die
3. Sitzung des Schul- und Sportausschusses
am Dienstag, dem 29.11.2011
im Sitzungssaal II

Beginn: 16:30 Uhr
Ende: 17:50 Uhr

Anwesend

SPD

Herr Oliver Bartosch
Herr Thomas Blaschke
Herr Michael Dubbel
Herr Joachim Eckardt
Frau Renate Jung
Herr Heiko Klanke
Herr Bernhard Kohl
Herr Ulrich Marc
Frau Ursula Müller

CDU

Herr Rainer Fuhrmann
Frau Ina Scharrenbach
Herr Sören van Lück
Frau Kerstin Weingarten

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Anke Dörlemann
Frau Alexandra Möller

FDP

Frau Heike Schaumann

DIE LINKE / GAL

Herr Werner Bucek

Sachverständige gem. Beschluss des Schul- und Sportausschusses

Frau Janine Dieckmann-Giordano
Herr Reinhard Forthaus
Herr Georg Gahlen
Herr Dr. Klaus Hoffmann
Herr Kunibert-Josef Kampmann
Herr Martin Kusber
Herr Frank Stewen
Herr Peter Wehlack

Verwaltung

Herr Reiner Brüggemann
Herr Klaus Güldenhaupt
Herr Markus Höper
Frau Marion Jachmann

Entschuldigt fehlten

Herr Frank Ambrosch
Frau Margarete Brinkmann
Frau Dr. Birgit Brinkschulte
Herr Reinhard Hasler
Herr Daniel Heidler
Herr Helmut Kampmann
Herr Bernd Krüger
Herr Jochen Voigt
Herr Martin Wiegelmann

Der Ausschussvorsitzende, Herr **Eckardt**, begrüßte die anwesenden Mitglieder des Schul- und Sportausschusses, die Vertreter der Presse, Herrn Schulamtsdirektor Forthaus, die Schulleiter, die stellvertretende Schulleiterin der Käthe-Kollwitz-Schule, Frau Dieckmann-Giordano, sowie die anwesenden Zuhörerinnen und Zuhörer, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Anträge zur Änderung der Tagesordnung wurden nicht gestellt.

Vor Eintritt in die weitere Tagesordnung wurde dem verstorbenen stellvertretenden Ausschussmitglied, Herrn Jo Achim Sandrock, gedacht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Statistik über die Klassenbildung des Schuljahres 2011/12	074/2011
2	Anmeldungen zu den Grundschulen im Schuljahr 2012/13	088/2011
3	Schulsituation im Schuljahr 2011/2012	
3.1	Auswirkungen des 6. Schulrechtsänderungsgesetzes auf Grundschulverbände und Teilstandorte hier: Bericht der Verwaltung und des Schulamtes für den Kreis Unna	
3.2	Bericht des Schulamtes für den Kreis Unna zu den Grundschulen	
3.3	Bericht der Schulleiterin der Hauptschule	
3.4	Bericht des Schulleiters der Realschule	
3.5	Bericht des Schulleiters des Städt. Gymnasiums	
3.6	Bericht des Schulleiters der Gesamtschule	
3.7	Bericht des Schulleiters der Käthe-Kollwitz-Schule	
4	Sportförderung - Bezuschussung im Jahr 2011 hier: Bericht der Verwaltung	
5	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.
074/2011

Statistik über die Klassenbildung des Schuljahres 2011/12

Frau **Scharrenbach** bat darum, die Statistikdaten zukünftig um Angaben zu den Schülerinnen und Schülern im gemeinsamen und integrativen Unterricht zu ergänzen.

Es sei auffällig, dass im 2. Jahrgang der Käthe-Kollwitz-Schule 5 Kinder beschult würden und sich dann ein ausbleibender Jahrgang anschliesse.

Herr **Güldenhaupt** erklärte, dass eine Ergänzung der Statistik möglich sei und zukünftig erfolge. Hinsichtlich der Entwicklung an der Käthe-Kollwitz-Schule wies er darauf hin, dass im Rahmen der Inklusion mit weiter zurückgehenden Schülerzahlen an Förderschulen zu rechnen sei. Die weitere Entwicklung der Käthe-Kollwitz-Schule als Kompetenzzentrum müsse abgewartet werden.

Herr **Bucek** fragte, welche Klassen des 10. Jahrganges der Hauptschule nach dem Schulabschluss Typ A oder B unterrichtet würden.

Herr **Stewen** antwortete, dass die stärkere Klasse mit 23 Schülerinnen und Schülern nach Typ B unterrichtet werde.

Zu TOP 2.
088/2011

Anmeldungen zu den Grundschulen im Schuljahr 2012/13

In der Anmelderunde zum Schuljahr 2012/13 sei eine getrennte Anmeldung zur Stammschule bzw. zum Teilstandort an der Astrid-Lindgren-Schule, so Frau **Scharrenbach**, nicht möglich gewesen. Von der Verwaltung würden nunmehr jedoch für den Teilstandort 14 Anmeldungen ausgewiesen. Sie fragte, wie diese Zahlen zustande gekommen seien.

Herr **Brüggemann** wies darauf hin, dass die Eltern in dem von der Verwaltung zugesandten Anschreiben zur Anmeldung darauf hingewiesen wurden, dass mit Blick auf die 2-Zügigkeit nach Abstimmung mit dem Schulamt für den Kreis Unna und der Schulleitung die Beschulung der zwei Eingangsklassen an der Stammschule erfolge. Der Teilstandort sei Bestandteil der Schullandschaft. Er gehöre zur Astrid-Lindgren-Schule. Aus Gründen der Transparenz und des Schulgebäudebestandes habe man den Teilstandort nicht von der Liste nehmen wollen. Dass aber eine Beschulung an diesem Standort bei nur zwei Eingangsklassen nicht möglich ist, sei deutlich formuliert worden. Die Eltern hätten offensichtlich trotz dieses Hinweises ihr Interesse für eine Anmeldung am Teilstandort bekunden wollen. Es bleibe jedoch weiterhin bei einer Beschulung an der Stammschule.

Auf Nachfrage von Frau **Möller**, wie die hohe Zahl Antragskinder an der Friedrich-Ebert-Schule zustande käme, teilte Herr **Güldenhaupt** mit, dass eine Analyse nicht möglich sei.

Zu TOP 3.

Schulsituation im Schuljahr 2011/2012

Zu TOP 3.1.

Auswirkungen des 6. Schulrechtsänderungsgesetzes auf Grundschulverbände und Teilstandorte

hier: Bericht der Verwaltung und des Schulamtes für den Kreis Unna

Einleitend wies Herr **Eckardt** darauf hin, dass er bereits in der Ratssitzung am 20.10.2011 gebeten habe, die Auswirkungen des 6. Schulrechtsänderungsgesetzes auf die Tagesordnung der jetzigen Ausschusssitzung zu nehmen.

Herr **Brüggemann** berichtete, dass keine neuen Erkenntnisse vorliegen würden. Die neuen Richtlinien zur Umsetzung der Gesetzesänderung müssten weiterhin abgewartet werden. Damit sei auch eine Klarstellung und Präzision einzelner Formulierungen erwartet, z.B. über die unterschiedlichen Ausgangslagen nach Gemeinde- und Siedlungsstruktur wie auch Schülerzahlen.

Zur Klarstellung von Begriffsbestimmungen zitierte Herr Brüggemann aus dem Entschließungsantrag „Kurze Beine – kurze Wege“ der Landtagsfraktionen der CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Danach beauftragt der Landtag die Landesregierung u.a.

„in Beratung mit den kommunalen Spitzenverbänden ein Gesamtkonzept vorzulegen, das unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung auf folgende Zielsetzungen ausgerichtet ist:

- Erhalt eines dauerhaft finanzierbaren wohnungsnahen Schulangebots,
- Vermeidung von sehr großen Klassen an den Grundschulen (d. h. Klassen mit mehr als 29 Schülerinnen und Schülern),
- Herstellung einer regional ausgewogenen Unterrichtsversorgung unter Beachtung der besonderen Bedingungen im ländlichen Raum.

Darüber hinaus wird die Landesregierung gebeten,

- zukunftsfeste Regelungen für die Klassenbildung einzuführen sowie
- mit der Festlegung einer, kommunalen Klassenrichtzahl als Höchstgrenze für die zu bildenden Eingangsklassen verlässliche und zukunftsfeste Rahmenbedingungen für die Schulentwicklungsplanung zu schaffen. Dabei ist kleineren Kommunen im ländlichen Raum ein erhöhter Spielraum einzuräumen. Die bestehenden regionalen Disparitäten im Hinblick auf die Klassenbildung und das Schulangebot sollen schrittweise und in Kooperation mit den Kommunen abgebaut werden (regional ausgewogene Unterrichtsversorgung).

Die Landesregierung wird gebeten, das Gesamtkonzept dem Landtag bis zum Jahresende vorzulegen und nach dessen Zustimmung die entsprechenden rechtlichen Regelungen so zeitig auf den Weg zu bringen, dass eine Umsetzung zu dem im November 2012 stattfindenden Anmeldeverfahren für das Schuljahr 2013/14 gewährleistet ist.“

Herr Brüggemann hob hervor, dass erst nach Vorlage des Gesamtkonzeptes der Landesregierung zum Jahresende eine Präzisierung in den schulgesetzlichen Regelungen erfolge. Sobald diese vorliegen, werde die Verwaltung über die Auswirkungen in der nachfolgenden Sitzung des Schul- und Sportausschusses informieren.

Ein Auszug aus der nichtamtlichen Fassung des 6. Schulrechtsänderungsgesetzes werde dem Protokoll als Anlage beigelegt (Anlage I).

Sollten sich aus den neuen Richtlinien neue Perspektiven über das Schuljahr 2012/13 zur Klassenbildung am Teilstandort der Astrid-Lindgren-Schule ergeben, so Herr Brüggemann, werde die Verwaltung die parlamentarischen Gremien informieren.

Frau **Scharrenbach** hob den auf Landesebene bestehenden Konsens zu der Kernaussage „kurze Beine, kurze Wege“ hervor. Sie hätte sich gewünscht, dass auch im Rat der Stadt Kamen hierüber ein Konsens in Bezug auf den Erhalt kleiner Grundschulstandorte gefunden worden wäre. Sie wies darauf hin, dass eine verpflichtende Anwendung der Regelungen des 6. Schulrechtsänderungsgesetzes zum Schuljahr 2013/14 bestehe, eine Anwendung aber auch bereits zum Schuljahr 2012/13 ermöglicht werde. Sollten die schulgesetzlichen Regelungen rechtzeitig vorliegen, sollte mit Blick auf den Teilstandort der Astrid-Lindgren-Schule eine schnellstmögliche Anwendung erfolgen. Insoweit sei es weiterhin zu bedauern, dass eine Wiederholung des Anmeldeverfahren, wie von der CDU-Fraktion gefordert, nicht zugelassen worden sei.

Herr **Klanke** begrüßte ebenfalls den Schulkonsens auf Landesebene. Hinsichtlich einer wohnortnahen Versorgung im ländlichen Raum könne es aber nur um den Erhalt eines Schulstandortes gehen, wenn in einem Ortsteil keine weitere Schule bestehe. Er wies nochmals darauf hin, dass eine Beschulung der zwei Eingangsklassen der Astrid-Lindgren-Schule in Abstimmung mit Schulleitung und Schulaufsicht aus pädagogischen Gründen an der Stammschule erfolge. Ansonsten seien die seitens der CDU-Fraktion vorgebrachten Argumente eine Wiederholung der bereits in der letzten Ausschusssitzung und im Rat geführten Debatte.

Es sei müßig, so Herr **Eckardt**, Spekulationen ohne die gesetzlichen Grundlagen anzustellen. Die Entscheidungen zum Teilstandort der Astrid-Lindgren-Schule seien auch unter pädagogischen Gesichtspunkten getroffen worden.

Herr **Fuhrmann** erklärte, dass alle Fraktionen des Landtages betont hätten, dass die Bildung kleiner Klassen auch aus pädagogischen Gründen sinnvoll sei. Insoweit seien die zum Teilstandort vorgebrachten pädagogischen Argumente aus seiner Sicht nicht nachvollziehbar.

Herr **Forthaus** wies darauf hin, dass ein Konzept zur Umsetzung des 6. Schulrechtsänderungsgesetzes noch nicht vorliege und so lange die gegebenen rechtlichen Rahmenbedingungen durch die Schulaufsicht anzuwenden seien.

Im Übrigen sei eine Anmeldung nur für eine Schule, jedoch nicht für eine Klasse möglich.

Das von der Landesregierung zu erarbeitende Konzept werde mit den Schulträgern abgestimmt. Es sei jedoch schon jetzt absehbar, dass die Selbstständigkeit der Kommunen erweitert werde.

Zu TOP 3.2.

Bericht des Schulamtes für den Kreis Unna zu den Grundschulen

Schulamtsdirektor Herr **Forthaus** berichtete, dass sich die Schülerzahl in den Grundschulen im Vergleich zum Vorjahr um 60 Schülerinnen und Schüler verringert habe und zum 15.09.2011 nunmehr 1.511 Schülerinnen und Schüler die Grundschulen besuchen. Hiervon würden zur Zeit im Rahmen eines gemeinsamen Unterrichtes von Kindern mit und ohne Behinderung (GU) 21 Kinder sonderpädagogisch in der Grundschule gefördert. Zur Klassenbildung teilte Herr Forthaus weiter mit, dass 69 Klassen gebildet wurden und mit drei Ausnahmen alle Klassen innerhalb der gesetzlich vorgegebenen Bandbreiten lägen. Die drei kleinsten Klassen mit 17 Kindern gebe es an der Südschule. Dies stehe im Zusammenhang mit dem konfessionell gebundenen Teilstandort. Die größte Klasse befände sich an der Friedrich-Ebert-Schule mit 29 Kindern.

Die Stellenbesetzung sei im Stadtgebiet mit zur Zeit 96 fest eingestellten Lehrkräften ausgeglichen. Einem Bedarf von 74,12 Lehrerstellen stehe ein Bestand von 74,25 Lehrerstellen gegenüber. Zusätzlich würden weitere 5 Stellen den Grundschulen durch das Schulamt zugewiesen. Diese erhöhte Besetzung ergebe sich vorrangig aus der Notwendigkeit der Versorgung der auslaufenden Glückaufschule und der Schulen mit ungünstiger Klassenbildung. Im Bereich der Schulleitungen sei die bisherige Konrektorin der Jahnschule, Frau Bolz, mit Wirkung vom 01.12.2011 zur Schulleiterin ernannt worden. Die Neubesetzung der Konrektorstelle sei abhängig von der Schülerzahlentwicklung und werde zurzeit von der Bezirksregierung geprüft.

Schwerpunkt der pädagogischen Arbeit in den Grundschulen werde weiterhin die Sprachbildung sein. Die Grundschulen müssten sich als Eingangsstufe in das Bildungssystem zunehmend mit der gesellschaftlichen Veränderung und damit einem einhergehenden veränderten Verhalten in der frühen Sprachbildung auseinandersetzen und neue Formen der Sprachförderung suchen. Hierzu gehöre in ganz besonderer Weise eine enge Kooperation mit den Kindertageseinrichtungen.

Hinzu käme als weiterer Schwerpunkt der Ausbau des gemeinsamen Lernens von Kindern mit und ohne Behinderung und einer damit einhergehender engeren Verzahnung mit dem sonderpädagogischen Kompetenzzentrum. Eine Verschlankung des Verfahrens sei beabsichtigt.

Frau **Scharrenbach** fragte, ob es in der Sprachbildung Brüche zwischen dem Besuch einer Kindertageseinrichtung und der Einschulung gäbe.

Herr **Forthaus** antwortete, dass die enge Zusammenarbeit zwischen Kindertageseinrichtungen und Grundschulen hilfreich sei, die Verbesserungen durch noch engere Kooperationen fortgeführt werden müssten.

Zu TOP 3.3.

Bericht der Schulleiterin der Hauptschule

Stellvertretend für die langfristig erkrankte Schulleiterin Frau Brinkmann teilte der stellvertretende Schulleiter Herr **Stewen** mit, dass aktuell 284 Schülerinnen und Schüler unterrichtet würden. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund betrage 41,2 %. Am gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung (GU) nähmen 32 Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf teil. Hierzu seien mit 79 Unterrichtsstunden 5 Lehrkräfte von der Käthe-Kollwitz-Schule sowie eine Lehrkraft von der Sonnenschule an der Hauptschule tätig.

Sehr hilfreich sei die durch das Bildungs- und Teilhabepaket ermöglichte Aufstockung der Schulsozialarbeitsstelle auf eine volle Stelle.

Zur Klassenbildung berichtete Herr Stewen, dass abweichend von der Statistik zwischenzeitlich im 7. Jahrgang eine dritte Klasse gebildet wurde.

Als neues Vorhaben nannte er die Teilnahme an dem Modellprojekt „Go In-Schule“. Hier arbeite die Hauptschule als Schwerpunktschule für die Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund eng mit der Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern im Kreis Unna zusammen.

Auf Nachfrage von Herrn **Bucek**, ob eine ausreichende Personalfortbildung zur Kompetenzsteigerung der Lehrkräfte im Bereich des integrativen Unterrichtes erfolge, teilte Herr **Stewen** mit, dass eine umfangreiche personelle und sachliche Unterstützung erfolge. Entsprechende Fortbildungen würden besucht.

Herr **Fuhrmann** fragte, ob durch die Schließung der Hauptschule in Bergkamen Auswirkungen festgestellt werden könnten.

Herr **Stewen** antwortete, dass Anfragen von rd. 5 Eltern aus Bergkamen vorliegen würden. Erfreulich sei, dass die Hauptschule Kamen inzwischen auch in Beratungsgespräche der Bergkamener Schulleitungen zur Schuwahl eingebunden werde.

Zu TOP 3.4.

Bericht des Schulleiters der Realschule

Herr **Wehlack** berichtete, dass aktuell 507 Schülerinnen und Schüler die Fridtjof Nansen Realschule besuchen würden, davon 257 Schülerinnen und 250 Schüler. 141 Schülerinnen und Schüler hätten einen Migrationshintergrund und 43 eine ausländische Staatsbürgerschaft.

Von den 32 Lehrkräften seien 26 fest angestellt. Die übrigen Lehrkräfte würden über Zeitverträge beschäftigt, was teilweise sehr problematisch sei. Die vakante Konrektorstelle sei durch die Bezirksregierung inzwischen ausgeschrieben worden. Eine Besetzung werde vermutlich zum 01.02.2012 erfolgen können.

Zum Schuljahresbeginn 2011/12 sei erstmals eine integrative Lerngruppe eingerichtet worden. Notwendige Fortbildungen der Lehrkräfte würden vorbereitet.

Herr Wehlack berichtete weiterhin, dass an 3 Tagen Nachmittagsunterricht bzw. Hausaufgabenbetreuung für rd. 50 Kinder erfolge. Hier werde auch die Mensa des Schulzentrums rege genutzt.

In den Lernstandserhebungen in der Klasse 8 und dem Abschlussjahrgang hätten erneut gute Ergebnisse erzielt werden können.

Abschließend teilte Herr Wehlack mit, dass in Zusammenarbeit mit der Volksbank als Projekt Anfang 2012 die Gründung einer Schulgenossenschaft geplant sei. Ziel sei es, möglichst praxisnah den Schülerinnen und Schülern Firmenmanagement nahe zu bringen.

Zu TOP 3.5.

Bericht des Schulleiters des Städt. Gymnasiums

Herr **Gahlen** berichtete, dass die Gesamtschülerzahl gegenüber dem Vorjahr um 44 auf nunmehr 1.138 gesunken sei. Die demographische Entwicklung aber auch ein „G8-Effekt“ in der Sekundarstufe II sei wahrnehmbar. Die Anmeldungen im 5. Jahrgang seien dennoch leicht auf 110 Schülerinnen und Schüler gestiegen. Es seien hier erneut 4 Klassen eingerichtet worden. 173 Schülerinnen und Schüler hätten einen Migrationshintergrund und 43 eine ausländische Staatsbürgerschaft.

Die Sekundarstufe II sei mit 537 Schülerinnen und Schüler weiterhin sehr groß. Die Einführungsphase besuchten 158 Schülerinnen und Schüler, 254 die Qualifikationsphase und im Doppeljahrgang 125 den 13. Jahrgang. In der Einführungsphase seien 14 auswärtige Schülerinnen und Schüler aufgenommen worden, davon 11 von der Fridtjof Nansen Realschule. Das Abitur konnten 127 von 127 Schülerinnen und Schüler erfolgreich abschließen.

Er wies darauf hin, dass nach der nunmehr vollständig erfolgten Umstellung auf das G8-Abitur mit einer weiteren Schulreform zu rechnen sei, die gegebenenfalls die Abschaffung des Leistungskurssystems beinhalten werde.

In der Sekundarstufe I würden, so Herr Gahlen, nunmehr 24 Klassen geführt. In der Sekundarstufe II würde mit 249 Kurse weiterhin ein insgesamt großes Kursangebot bestehen, davon 23 Leistungskurse in der Qualifikationsphase und 13 Leistungskurse im 13. Jahrgang.

Das Kollegium bestehe derzeit aus 82 Kolleginnen und Kollegen sowie 14 Referendaren, wovon 11 im bedarfsdeckenden Unterricht eingesetzt würden. Aufgrund der Personalsituation seien in den Fächern Chemie und Religion Unterrichtskürzungen im geringen Umfang erforderlich. Die seit einem Jahr vakante Stelle der stellvertretenden Schulleitung sei nunmehr mit Frau Scheitza neu besetzt worden.

Weiterhin berichtete Herr Gahlen, dass die enge Zusammenarbeit mit dem Internat des Fußball- und Leichtathletikverbandes Westfalen (FLVW) sowie des Westfälischen Tennisverbandes (WTV) erfolgreich fortgeführt werde. Zwei Schülerinnen des Internates des FLVW hätten das Abitur erfolgreich abgeschlossen.

Auch die AP- (Advanced Placement Examen) Prüfungen, die vollständig in englischer Sprache erfolgten, würden weiterhin erfolgreich durchgeführt. Sehr erfolgreich habe in diesem Jahr auch das Schülerunternehmen „Envolisten“ als Bundessieger abgeschnitten.

Abschließend teilte Herr Gahlen mit, dass die in den letzten Monaten durch die Bezirksregierung erfolgte Qualitätsprüfung mit einem insgesamt sehr zufriedenstellenden Ergebnis abgeschlossen wurde. Die Ergebnisse in 9 Qualitätsbereichen seien vorbildlich, in 13 stark und in 3 entwicklungsbedürftig. Die Ausstattung der Schule sei hervorgehoben worden. Hier sei der Stadt Kamen als Schulträger ein besonderer Dank auszusprechen.

Zu TOP 3.6.

Bericht des Schulleiters der Gesamtschule

Herr **Dr. Hoffmann** teilte mit, dass die Gesamtschule mit 1.317 Schülerinnen und Schülern, davon 1.056 in der Sekundarstufe I und 261 in der Sekundarstufe II, gegenüber dem Vorjahr erneut einen Zuwachs zu verzeichnen habe. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit gymnasialer Empfehlung habe sich bei den Anmeldungen für den 5. Jahrgang verdoppelt. Die Nachfrage aus den umliegenden Städten und Gemeinden habe für die Sekundarstufe II erneut zugenommen. Die Sekundarstufe II werde fast fünfzünftig geführt. Hervorzuheben sei, dass nur 1/5 der Abiturientinnen und Abiturienten eine gymnasiale Empfehlung hatten.

Herr Dr. Hoffmann bedankte sich beim Schulträger für die gute Ausstattung der Schule und nannte hier beispielhaft die Fortführung der Fenstersanierung des Schulgebäudes sowie die Ausstattung mit insgesamt 180 Schülerarbeitsplätzen im Bereich der Neuen Medien. Die Ausstattung und Gestaltung der Schule werde auch von den Schülerinnen und Schülern sehr positiv wahrgenommen.

Die in diesem Schuljahr erstmalig eingerichtete Musikklasse sei mit 30 Schülerinnen und Schülern angelaufen.

Sehr erfreulich sei, dass im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes durch den Schulträger ein Schulsozialarbeiter für den Bereich der Gesamtschule eingestellt werden konnte. Die bisher vorhandenen zwei Schulsozialarbeiter seien durch die Gesamtschule durch Verzicht auf 50 Lehrerstunden von der Schule selbst finanziert worden, so dass hier eine Entlastung eintrete.

Auf die problematische Situation der Fahrradabstellanlage des Schulzentrums und der Zunahme von Fahrraddiebstählen eingehend, teilte Herr Dr. Hoffmann mit, dass hier aktuell erfolgreich Gespräche über die Durchführung eines Bürgerarbeitsprojektes geführt würden. Geplant sei der Einsatz von zwei Mitarbeitern mit je 30 Einsatzstunden. Fachlich werde das Projekt von der Arbeiterwohlfahrt unterstützt, die bereits diverse Radstationen betreue. Träger des Projektes solle der Förderverein der Gesamtschule werden, der von den Personalkosten monatlich etwa 220 € selbst tragen müsse. Eine Refinanzierung über Beiträge der Nutzer werde geprüft.

Herr Dr. Hoffmann berichtete abschließend, dass in den letzten drei Monaten auch an der Gesamtschule die Qualitätsanalyse durch die Bezirksregierung durchgeführt worden sei und der Vorbericht nunmehr vorliege. Die Ergebnisse in 8 Qualitätsbereichen seien vorbildlich, in 13 stark und in 4 entwicklungsbedürftig.

Zu TOP 3.7.

Bericht des Schulleiters der Käthe-Kollwitz-Schule

Die stellvertretende Schulleiterin Frau **Dieckmann-Giordano** berichtete über die Entwicklung der Schülerzahl, die sich nunmehr am eigenen Standort auf 104 reduziert habe, davon mit steigendem Anteil 31 Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt „emotionale und soziale Entwicklung“, sowie 71 mit dem Förderschwerpunkt „Lernen“ und jeweils 1 Schüler mit dem Förderschwerpunkt „Sprache“ und „geistige Entwicklung“. Der Anteil der Jungen betrage rd. 66 %.

Darüber hinaus würden jedoch im Rahmen des Gemeinsamen Unterrichtes (GU) und integrativer Fördergruppen an anderen Schulen durch die Käthe-Kollwitz-Schule zahlreiche Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf betreut, so dass insgesamt 14 Lehrkräfte der Schule tageweise an anderen Schulen unterrichten würden.

Insgesamt seien 38 Verfahren zur Feststellung sonderpädagogischen Förderbedarfs im Rahmen der Förder- und Diagnosephase durchgeführt worden.

Die weitere Entwicklung der Käthe-Kollwitz-Schule als Förderschule im Verbund sei in den nächsten Jahren aufgrund der zunehmenden inklusiven Beschulung an den Regelschulen noch nicht absehbar. Die Schule nehme seit dem letzten Schuljahr an der Pilotphase zum Förder- und Kompetenzzentrum teil.

Positive Effekte seien ebenfalls an der Käthe-Kollwitz-Schule durch die zusätzliche Einrichtung einer halben Stelle eines Schulsozialarbeiters im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes festzustellen.

Frau **Scharrenbach** fragte nach dem Stand und den Auswirkungen einer Rückführung von Schülerinnen und Schülern aus der Regenbogenschule zur Förderschule im Verbund.

Frau **Dieckmann-Giordano** wies darauf hin, dass hier Zahlen noch nicht greifbar seien. Festgestellt werden könne, dass sich gegenüber dem Schuljahr 2010/11 zum Schuljahr 2011/12 die Anzahl der Schülerinnen und Schüler mit dem Förderbedarf „emotionale und die soziale Entwicklung“ von 23 auf 31 erhöht habe, wohingegen sich der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt „Lernen“ von 93 auf 71 reduziert habe.

Zu TOP 4.

Sportförderung - Bezuschussung im Jahr 2011 hier: Bericht der Verwaltung

Herr **Höper** gab einen Überblick über die von der Verwaltung aufgrund der bestehenden Beschlüsse zur allgemeinen Sportförderung im Jahr 2011 verausgabten Mittel in Höhe von insgesamt rd. 28.000 € (siehe Anlage II). Er wies darauf hin, dass die Bezuschussung investiver Maßnahmen der Vereine aus Mitteln der Sportpauschale im Rahmen der Haushaltssicherungsmaßnahme Nr. 41 ab 2011 ausgesetzt sei.

Zu TOP 5.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

5.1

Mitteilungen der Verwaltung

Herr **Kusber** teilte mit, dass das nächste Fest des Kamener Sports am 21.04.2012 wieder in der Stadthalle im bewährten Rahmen stattfinden werde. Die Einladungen würden rechtzeitig versandt. Aktuell gingen die Meldungen der Vereine über die zu ehrenden Sportlerinnen, Sportler und Mannschaften ein.

5.2

Anfragen

Anfragen lagen nicht vor.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen lagen nicht vor.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

Es wurde kein Tagesordnungspunkt zur Veröffentlichung freigegeben.

gez. Joachim Eckardt
Vorsitzender

gez. Klaus Güldenhaupt
Schriftführer